

Zur Wirtschaftslage

Vor Beginn eines neuen Wirtschaftsaufschwungs in den westlichen Industrieländern?	141
Bundesrepublik Deutschland:	
Aufhellung – noch kein Aufschwung	146
Exportrückgang kommt zum Stillstand	149

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/83

Berlin

17. März 1983

50. Jahrgang

Stäglich

Zur Wirtschaftslage

Vor Beginn eines neuen Wirtschaftsaufschwungs in den westlichen Industrieländern?

Gegenwärtig ist eine Verbesserung des weltwirtschaftlichen Klimas zu beobachten. Darauf wirken vor allem zwei Faktoren hin. Einmal ist die Geldpolitik unter dem Eindruck der desolaten Konjunktur- und Beschäftigungslage zuerst in den USA und dann auch in anderen Ländern fühlbar gelockert worden. Zum anderen sind die Ölpreise, nicht zuletzt als Folge der Konjunkturschwäche, in einen Abwärtssog geraten. Die mit der geldpolitischen Lockerung einhergehenden Zinssenkungen regen in erster Linie die Wohnungsbauinvestitionen an, und die Ölpreissenkungen entlasten die ölimportabhängigen Volkswirtschaften: Sie wirken hier inflationsdämpfend und haben einen positiven Effekt auf die Entwicklung der Realeinkommen.

Es hieße aber den Einfluß dieser beiden Faktoren weit überschätzen, wenn man in ihnen ein tragfähiges Fundament eines erneuten und anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs sähe. Die Ölpreisentwicklung verschlechtert die Situation der Erdölländer und hat damit in einer wichtigen Ländergruppe einen einkommens- und nachfragemindernden Effekt. Darüber hinaus ist es höchst zweifelhaft, ob die ölimportierenden Entwicklungsländer die ölpreisbedingte Entlastung zu einer Steigerung ihrer sonstigen Importnachfrage nutzen werden; denn ihre zumeist hohe Auslandsverschuldung zwingt sie vorerst zu einer Verringerung ihrer beachtlichen Leistungsbilanzdefizite. Aber auch in den meisten ölimportierenden Industrieländern, in denen sich die nominalen Lohnsteigerungen erheblich verlangsamt haben und Realeinkommenseinbußen hingenommen werden, wird durch die Ölpreissenkungen allenfalls verhindert, daß sich der private Verbrauch weiter abschwächt.

Ebenso ist kaum damit zu rechnen, daß das bisherige Ausmaß der Zinssenkungen den erstrebten Investitionsaufschwung im Bereich des produzierenden Gewerbes herbeiführen wird. Einmal ist der Realzins trotz beachtlichen Rückgangs des Nominalzinses noch sehr hoch, da sich das Inflationstempo ebenfalls erheblich vermindert hat. Zudem stellt der Zins nur einen von vielen Kostenfaktoren dar; neben der Höhe der Kosten entscheiden auch die Absatzsichten darüber, ob es zu einer die Produktionskapazitäten ausweitenden Investitionssteigerung kommt. Der gegenwärtig verfolgte wirtschaftspolitische Kurs, bei dem in den meisten Ländern eine wieder expansivere Geldpolitik von einer auf Haushaltskonsolidierung gerichteten, keine nennenswerten Nachfrageimpulse gebenden Finanzpolitik begleitet wird, soll zwar das Vertrauen der Wirtschaft in die Solidität staatlichen Vorgehens stärken. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die langfristigen Absatzerwartungen der Unternehmen, die für das Investitionsverhalten entscheidend sind, dadurch verbessert werden, daß sich der Staat aus seiner aktiven wirtschaftspolitischen Rolle immer mehr zurückzieht. Zweifel sind weiterhin berechtigt, ob der in einigen Ländern den Regierungen entgegengebrachte Vertrauensvorschuß ausreicht, einen von den Investitionen getragenen Wachstumsprozeß in Gang zu bringen.

Die gegenwärtige Verbesserung des allgemeinen Konjunkturklimas sollte deshalb nicht dazu verleiten, auf staatliche Aktivitäten zur Förderung des Wirtschaftsaufschwungs sowie auf spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu verzichten, zumal mit einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Ein abgestimmtes Vorgehen der Regierungen der

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1981 IN VH		VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1981			1982			1983		
			REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)	REAL	NOMINAL	PREISE 2)
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	9.6		-0.2	4.0	4.2	-1	3.5	4.5	-0.5	3.5	3.5
FRANKREICH	8.0	19.2	0.2	12.2	12.0	1.5	14	12.5	0.5	10.5	10
GROSSBRITANNIEN	7.1	9.7	-2.0	9.9	12.0	0.5	8	7.5	1	6.5	5.5
ITALIEN	5.0	11.5	-0.2	17.4	17.6	0	17	17	0	15	15
NIEDERLANDE	2.0	12.5	-1.2	4.4	5.6	-1.5	5	6.5	-1	3	4
BELGIEN	1.4	10.7	-1.7	3.4	5.2	-0.5	7.5	8	0.5	8	7.5
DAENEMARK	0.8	2.8	-0.3	9.3	9.6	1.5	12	10.5	0	8.5	8.5
IRLAND	0.2	0.6	1.6	19.3	17.4	1	18.5	17.5	1.5	14	12.5
EG	34.1		-0.6	9.3	9.9	0	9.5	9.5	0	8	7.5
SCHWEDEN	1.6	3.8	-0.9	9.0	10.0	0.5	9	8.5	1.5	11.5	10
SCHWEIZ	1.4	7.6	2.8	9.7	6.7	-2	5	7	0.5	4.5	4
ÖSTERREICH	0.9	7.4	0.1	5.9	5.9	1	8	7	0.5	5.5	5
NORWEGEN	0.8	1.8	0.8	15.7	14.8	0	11	11	0.5	10.5	10
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	38.8		-0.4	9.4	9.8	0	9.5	9	0	8	7.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	29.2		-0.5	11.2	11.7	0.5	11	10.5	0.5	9.5	9
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD		87.6	-0.4	9.6	9.9	0	10	10	0.5	8.5	8
USA	41.4	9.6	1.9	11.6	9.6	-2	3.5	5.5	2	6.5	4.5
KANADA	3.9	1.0	3.1	13.5	10.1	-5	5	10.5	1	8.5	7.5
JAPAN	15.9	1.8	3.8	6.5	2.6	2.5	5	2.5	2.5	5.5	3
AUSSEREUROPEISCHE INDUSTRIELAENDER	61.2		2.5	10.4	7.8	-1	4	5	2	6.5	4.5
AUSSEREUROPEISCHE INDUSTRIELAENDER		12.4	2.3	11.0	8.6	-1.5	4	5.5	2	6.5	4.5
INSGESAMT	100.0		1.3	10.0	8.6	-0.5	6	6.5	1.5	7	5.5
INSGESAMT OHNE BRD	90.4		1.5	10.6	9.1	-0.5	6.5	7	1.5	7.5	5.5
INSGESAMT OHNE BRD		100.0	-0.0	9.8	9.8	0	9.5	9.5	0.5	8	7.5

1) AUF DOLLARBASIS, - 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR, - 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR, EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW, GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

wichtigsten Industrieländer, das nicht zuletzt auch auf eine weitere Zinssenkung zielen müßte, wäre nach wie vor der beste Weg, einen Weltwirtschaftsaufschwung auf breiter Basis einzuleiten und damit zu vermeiden, daß einzelne Länder rasch an außenwirtschaftliche Grenzen stoßen, die ihnen bei einer eigenständigen Expansionspolitik gezogen sind. Allerdings ist es immer noch sehr unwahrscheinlich, daß sich die Regierungen zu einer solchen gemeinsamen Aktion entschließen.

Die Hoffnung richtet sich deshalb gegenwärtig darauf, daß in dem führenden westlichen Industrieland, den USA, endlich der lange erwartete Wirtschaftsaufschwung einsetzt, der dann über eine raschere Importzunahme auch auf die anderen Länder ausstrahlt. Die Bedingungen für einen Aufschwung haben sich in den USA insofern verbessert, als mit der geldpolitischen Lockerung eine Phase beendet zu sein scheint, in der zwei wichtige Politikbereiche gegeneinander ar-

beiteten. Einer per Saldo expansiv ausgerichteten Finanzpolitik stand eine restriktive Geldpolitik gegenüber, die verhinderte, daß die finanzpolitischen Maßnahmen anregend wirken konnten. Auch nach der Einkommensteuersenkung Mitte vergangenen Jahres belebte sich deshalb die amerikanische Wirtschaft nicht. Vielmehr sind Nachfrage und Produktion zum Jahresende nochmals gesunken. Das Staatsdefizit erhöhte sich daraufhin — konjunkturbedingt — stärker als erwartet: Die Staatseinnahmen blieben wegen der schwachen Einkommensentwicklung weit hinter den Voranschlägen zurück; zugleich stiegen die Staatsausgaben infolge der erhöhten Arbeitslosenunterstützung kräftiger als geplant.

Der Federal Reserve Board, der im hohen Staatsdefizit die entscheidende Ursache für die Inflation und den hohen Zinssatz gesehen und dieses Defizit zum Anlaß für den restriktiven geldpolitischen Kurs genommen hatte, mußte nun erkennen, daß sich trotz

zunehmenden Budgetdefizits die Preissteigerungen erheblich verlangsamen und die Zinssätze beträchtlich sanken. Nicht zuletzt als Folge der restriktiven Geldpolitik, die zu einer Konjunkturverschlechterung führte, wurden somit Phänomene miteinander vereinbar, von denen man — zu Unrecht — angenommen hatte, daß sie sich gegenseitig ausschließen. Der Federal Reserve Board sah nun keine Veranlassung mehr zu einer Fortsetzung der stark restriktiven geldpolitischen Linie.

Zwar revidierte die Regierung unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion über die hohen Budgetdefizite den finanzpolitischen Kurs und beschloß partielle Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen. Anders als in den meisten übrigen Ländern ist die Finanzpolitik in den USA aber immer noch nicht auf einen ausgesprochenen Konsolidierungskurs umgeschwenkt. Der wirtschaftspolitische Rahmen ist somit in den USA weniger eng als anderswo und steht einer erneuten Aufwärtsbewegung nicht hemmend entgegen. Gleichwohl ist auch in diesem Land wegen der stark unterausgelasteten Produktionskapazitäten nicht damit zu rechnen, daß die Anlageinvestitionen der Unternehmen schon bald wieder fühlbar steigen werden.

Die gegenwärtige Konjunkturbelebung wird vor allem von den Wohnungsbau- und Lagerinvestitionen getragen. Da sich die Lohnsatzsteigerungen in letzter Zeit erheblich verlangsamt haben, dürfte der private Verbrauch zunächst nur mäßig zunehmen. Erst zur Jahresmitte erhält er nach den bisherigen Planungen eine erneute Anregung durch eine nochmalige Einkommensteuersenkung. Eine stürmische konjunkturelle Aufwärtsbewegung, bei der sich das hohe Staatsdefizit — konjunkturbedingt — wieder verringern würde, ist freilich vorerst nicht zu erwarten. Gleichwohl wird sich die amerikanische Leistungsbilanz weiter passivieren. Der anhaltend hohe Dollarkurs beeinträchtigt die amerikanische Wirtschaft in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit; die Importe von Gütern und Diensten werden infolgedessen auch künftig schneller zunehmen als die Exporte.

Dagegen ist die Wettbewerbsposition *Japans* durch die Abwertung des Yen gegenüber dem Dollar gestärkt worden. Freilich kann sich die japanische Regierung nicht darauf verlassen, daß es zu einer kräftigen Exportbelebung kommt und die Konjunktur durch diese Entwicklung angeregt wird. Die wichtigste Aufgabe besteht für die japanische Regierung gegenwärtig darin, dem so lange Zeit von der Auslandsnachfrage gestützten Wachstum des Sozialprodukts eine festere Basis zu geben, die Inlandsnachfrage als expansiven Faktor also wieder mehr in den Vordergrund zu rücken. Zwar hat sich die Zunahme des privaten Verbrauchs inzwischen verstärkt. Ohne den Einsatz finanzpolitischer Mittel ist jedoch eine dauerhaf-

te Umschichtung von der Auslands- zur Inlandsnachfrage schwerlich zu erreichen. Die japanische Regierung ist zu einer solchen Finanzpolitik bisher nicht bereit. Vielmehr strebt sie energischer als in den letzten Jahren eine baldige Reduzierung des Staatsdefizits an. Sie will zu diesem Zweck sogar weitere Wachstumsverluste in Kauf nehmen. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß sich das Wachstum des realen Sozialprodukts in diesem Jahr beschleunigen wird.

Auch in *Großbritannien* erhofft man sich von der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit, die mit dem Sinken des Pfundkurses verbunden ist, eine konjunkturstützende Exportbelebung. Zu einer wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, wie sie im vergangenen Jahr ansatzweise zu erkennen war, reichen offensichtlich die der Wirtschaft immanenten Kräfte nicht aus. Die Absatzaussichten haben sich bisher nicht so sehr verbessert, daß die britischen Unternehmen mit den Investitionen voraneilen und einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung in Gang setzen. Es überrascht nicht, daß die Unternehmen, nachdem sie die Investitionen vorübergehend erhöht hatten, nun erneut Investitionszurückhaltung zeigen, weil die Nachfrage in den wichtigsten Bereichen gegenwärtig schwach ist. Bei erheblich verlangsamter Zunahme der Nominallöhne und einem Rückgang der Realeinkommen nimmt der private Verbrauch nur mäßig zu. Da andererseits der Staat sich jeglicher Nachfragesteuerung enthält und auch weiterhin die Haushaltskonsolidierung im Auge hat, gehen von der öffentlichen Hand ebenfalls keine Nachfrageimpulse, sondern eher Entzugseffekte aus. So ist es höchst zweifelhaft, ob die Verbesserung der britischen Wettbewerbsfähigkeit ausreicht, über eine Exportbelebung eine nachhaltige konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Gang zu setzen.

In *Frankreich* hat die expansivere Wirtschaftspolitik mit einer realen Zunahme des Bruttosozialprodukts von 1,5 vH im Jahre 1982 ein Ergebnis erzielt, das etwa 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der westlichen Industrieländer liegt. Dabei hat sich der Preisanstieg entgegen allen Befürchtungen trotz weitgehender Aufhebung der Lohn- und Preiskontrollen bzw. -stopps und möglicher Nachholeffekte — nach einer Phase der Verlangsamung — nur wenig beschleunigt.

Auf dem Arbeitsmarkt war die Entwicklung in den letzten Monaten günstig. In Frankreich ging die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit saisonbereinigt sogar zurück, trotz einer stark zunehmenden Erwerbsbevölkerung. Zu diesem Ergebnis trug einmal das vergleichsweise stärkere Wirtschaftswachstum bei. Zum anderen haben aber auch eine Reihe spezifischer Maßnahmen den Arbeitsmarkt entlastet. Hierzu zählt die Möglichkeit zur vorgezogenen Pensionierung auch im

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
 Reale Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

LAENDFR	PRIVATER VERBRAUCH			OFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE- INVESTITIONEN			EXPORTE VON GUETERN UND DIENSTEN			IMPORTE		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-1.2	-2	-0.5	2.0	0	0.5	-3.8	-6.5	1	8.5	2.5	0	1.2	1.5	0
FRANKREICH	2.2	3	0.5	2.3	3	2.5	-1.9	-1.5	0	5.1	-3	1	1.0	4	1.5
GROSSBRITANNIEN	0.3	1	0	0.3	1	0	-8.2	2	2	-1.9	0	2	-0.2	3.5	2
ITALIEN	0.2	0	0	1.8	2	1	-0.2	-3	-2	6.0	4	2	-5.4	2.5	1.5
NIEDERLANDE	-2.6	-2	-3.5	1.3	-0.5	0.5	-10.8	-5	-2	0.9	0	1.5	-7.4	-0.5	0.5
BEI LIEGEN	-1.4	-1.5	-1	0.6	-1.5	-1.5	-16.2	-4.5	0.5	2.5	2.5	3	-1.4	0	1
DAENEMARK	-1.1	1.5	-1	3.0	3.5	0.5	-16.3	-1.5	-5	5.3	1.5	3	-2.1	3	-1
IRLAND	0.0	-4.5	-0.5	-0.1	2.5	-1.5	4.9	-5	2	1.5	6	5	2.0	-2.5	3
1)) EG	0.1	0	-0.5	1.6	1	0.5	-4.5	-3	0	4.0	1	1.5	-1.1	2	1
1)) EG OHNE BRD	0.5	1	0	1.4	1.5	1	-4.9	-1.5	0	2.2	0.5	2	-2.0	2.5	1.5
SCHWEDEN	-0.6	-0.5	-2	1.9	1.5	1	-5.6	-3.5	-2.5	1.6	3.5	5.5	-4.2	1.5	1.5
SCHWEIZ	0.5	0	0.5	0.5	2.5	3	3.0	-4.5	-2	6.8	-3	0.5	-0.2	-1.5	0.5
OESTERREICH	0.7	1.5	0.5	2.0	2	2	-2.0	-4	0.5	7.8	-0.5	-2	1.0	-1.5	-1.5
NORWEGEN	1.5	1	1	4.5	2	2	16.3	-3	1.5	0.6	-2	0	1.7	3.5	4
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 1))	0.1	0.5	-0.5	1.6	1	1	-3.6	-3	0	4.1	1	1.5	-1.1	2	1
1)) EUROP.INDU- STRIELAENDER O.BRD	0.5	1	0	1.5	1.5	1	-3.5	-2	-0.5	2.7	0	2	-1.8	2	1.5
USA	1.8	1	2	0.9	0.5	1	1.7	-6	1	-0.4	-6	-2	7.2	2	4
KANADA	1.9	-2	0	0.9	0.5	1	5.7	-12	-1	1.6	0	3	2.6	-7	3
JAPAN	0.6	4	3	4.6	2.5	1	4.0	-1	2	15.9	4	5.5	5.6	4	2.5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER 1))	1.5	1.5	2	1.5	1	1	2.9	-4.5	1.5	4.7	-2	1	6.1	1.5	3.5
1)) INSGESAMT	1.0	1	1	1.5	1	1	0.3	-4	1	4.3	-0.5	1	1.8	1.5	2
1)) INSGESAMT OHNE BRD	1.2	1.5	1.5	1.5	1	1	0.8	-3.5	1	3.6	-1	1.5	1.9	1.5	2.5

1) GEWICHTE 1981 AUF DOLLARBASIS. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

Rahmen sogenannter Solidaritätsverträge, wodurch 1982 über 300.000 Arbeitsplätze frei wurden, und andere arbeitszeitverkürzende Maßnahmen, die Bereitstellung zahlreicher neuer Ausbildungsplätze für Jugendliche, die Durchführung von Berufsbildungsprogrammen und die Schaffung von Stellen im öffentlichen Dienst. Insbesondere wurden verstärkt finanzielle Anreize für Neueinstellungen in den Unternehmen gegeben, z.B. in Form der Übernahme von Soziallasten bzw. eines Teils der Lohnkosten durch den Staat.

Die Arbeitsmarktlage wird sich jedoch nur dann auch künftig verbessern, wenn es zu keiner einschneidenden Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums kommt. Indes verhindern verschiedene Faktoren eine Fortsetzung der expansiven Wirtschaftspolitik. Das Handelsbilanzdefizit war 1982 extrem hoch, und eine kurzfristige Verbesserung ist nicht in Sicht, auch wenn die deutliche Verbilligung der Erdöleinfuhren und die dadurch bewirkte Entlastung berücksichtigt werden. Da es bisher nicht gelungen ist, die französische Industrie ausreichend wettbewerbsfähig zu ma-

chen, ist der französische Franc innerhalb des europäischen Währungssystems wieder stärker unter Druck geraten. Zugleich fordert Frankreich in der Europäischen Gemeinschaft zunehmend protektionistische Maßnahmen gegenüber Drittländern. Kurzfristig kann sich die Wettbewerbsfähigkeit im Zuge der erwarteten Franc-Abwertung verbessern. Langfristig wird dies aber nur mit einer entsprechenden Umstrukturierung der französischen Wirtschaft zu erreichen sein.

Hier sind vor allem Modernisierungsinvestitionen erforderlich. Gerade die Investitionsentwicklung gab bisher aber zur Sorge Anlaß. Die privaten Investitionen sind geschrumpft. Ein gewisser Anstoß könnte sich 1983 aus den Investitionen ergeben, die in den verstaatlichten Industrien vorgesehen sind. 1982 haben diese Industrien infolge der Neuordnung und zahlreicher Kompetenzschwierigkeiten unzureichend investiert.

Am französischen Beispiel wird deutlich, wie schwierig es für eine einzelne Regierung ist, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die nicht mit der Poli-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN		
	IN UNSELBSTAENDIGER ARBEIT														
	IN LANDESWAERHUNG												IN SZR		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-0.7	4.5	5.5	4.7	2.5	2	-0.5	7.5	6.5	4.8	3.5	2.5	-7.0	3	
FRANKREICH	7.3	13	12	13.6	13.5	10	7.1	11.5	11.5	13.4	12	9.5	-2.7	-1.5	
GROSSBRITANNIEN	12.3	10	9.5	8.2	6	6	13.8	9.5	8.5	9.7	5.5	5	5.6	-3	
ITALIEN	3.4	17.5	15	22.4	18	14.5	3.6	17.5	15	22.6	18	14.5	2.0	6	
NIEDERLANDE	8.8	7.5	1.5	2.0	4	3	10.1	9	2.5	3.2	5.5	4	-9.2	5.5	
BEI GEFN	-1.5	14.5	19	4.8	4.5	4.5	0.2	15	18	6.6	5	3.5	-7.3	-9	
DAENEMARK	12.9	17	13.5	8.2	9.5	7	13.2	15.5	13.5	8.5	8	7	-5.2	-3	
IRLAND	28.3	24.5	9.5	17.0	16.5	16	26.3	23.5	8	15.2	15.5	14.5	-0.1	8.5	
3) EG	5.0	11	10	10.1	8.5	7	6.0	11	9.5	9.4	7.5	6	-2.9	0.5	
SCHWEDEN	0.2	17.5	18	9.6	7	8	1.1	17	16.5	10.6	6.5	6.5	2.0	-8.5	
SCHWEIZ	12.1	1.5	7	8.5	6	4	9.1	3.5	6.5	5.6	8	3.5	-0.6	12	
OESTERREICH	-2.2	16	6	7.8	5.5	4.5	-2.2	15	5.5	7.8	4.5	4	-3.3	4	
NORWEGEN	21.0	13.5	13.5	13.1	9.5	9.5	20.1	13.5	13	12.2	9.5	9	6.6	4	
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 3)	5.5	10.5	10	10.0	8	7	6.1	11	9.5	9.3	7.5	6	-2.3	1	
USA	12.8	2	5.5	10.6	5.5	7	10.7	4.5	3.5	8.5	7.5	5	19.8	15	
KANADA	4.0	-1.5	13.5	13.9	7.5	7	0.8	3.5	12.5	10.5	13	6	19.0	17.5	
JAPAN	-1.9	3	1.5	8.5	6.5	7.5	-5.6	0.5	-1	4.5	4	4.5	18.6	-1.5	
AUSSEREUROPA. INDUSTRIELAENDER 3)	7.8	2	4.5	10.3	6	7	4.6	3	3	7.6	7.5	5	19.3	10.5	
3) INSGESAMT	7.0	5.5	6.5	10.2	7	7	5.5	7.5	7	8.6	7.5	5.5	6.6	5	

1) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOESZIALPRODUKTS. - 2) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOESZIALPRODUKTS. - 3) GEWICHTET MIT 1981ER ANTEILEN. FÜR 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRÜNDFLIEGEN. EG OHNE GRIECHENLAND.

QUELLEN: SAEG, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

tik bei den wichtigsten Handelspartnern übereinstimmt. Zudem erfüllte sich die Hoffnung nicht, daß die Stimulierung des privaten Verbrauchs auch zu einer Belebung der öffentlichen und privaten Investitionen führt.

In *Italien* haben sich die Aussichten dafür, daß sich die nach wie vor sehr hohe Inflationsrate weiter abschwächt, mit dem sozialen Kontrakt zwischen den Tarifparteien und der Regierung über die Einschränkung der dynamischen Lohnanpassung (*Scala mobile*) verbessert. Die Vereinbarung sieht vor, daß die Lohneinkommen 1983 nicht über die angestrebte Verlingerung der Inflation auf höchstens 13 vH hinaus steigen sollen. Es besteht aber im Gegensatz zu anderen Ländern darüber Einigkeit, daß die Kaufkraft der Löhne zu erhalten sei, die Arbeitnehmer also keinen Reallohnverzicht leisten sollen. In diesem Zusammenhang hat sich die Regierung verpflichtet, Einkommensteuererleichterungen zur Ausschaltung des inflationsbedingten Progressionseffekts zu gewähren, die öffentlichen Tarife nur innerhalb bestimmter Grenzen zu steigern und die Familienbeihilfen anzuheben. Für den Fall einer über das geplante Maß hinausgehen-

den Preissteigerung sind zum Ende des Jahres Kompensationszahlungen ins Auge gefaßt. Erstmals werden aber importierte Preissteigerungen, bedingt durch Abwertung der Währungen des europäischen Währungsverbundes gegenüber dem US-Dollar, nicht in den Lohnausgleich einbezogen. Ein durch die gleichzeitig mit dem französischen Franc zu erwartende Abwertung der Lira innerhalb des EWS induzierter Preisanstieg ist dagegen ein Anlaß für die Anpassung der Löhne und kann insofern die Stabilisierungspolitik gefährden.

Zweifellos schafft der Kontrakt eine wieder sichere Kalkulationsgrundlage für die Unternehmen in einem Bereich, dessen Neuregelung lange Zeit blockiert war. Es ist allerdings die Frage, ob damit die Rahmenbedingungen soweit verändert sind, daß eine wirtschaftliche Belebung schon bald in Gang kommt. Die Absatzaussichten haben sich noch nicht entscheidend verbessert. Denn einmal ist damit zu rechnen, daß der private Verbrauch im Zuge der Begrenzung des Lohnanstiegs zunächst stagniert. Zum anderen werden die Impulse der Finanzpolitik in diesem Jahr geringer ausfallen als zuvor. In den vergangenen

Jahren hatte der Staat, indem er trotz erklärter Konsolidierungsbemühungen immer wieder hohe Defizite der öffentlichen Haushalte zuließ, zur Stützung des im internationalen Vergleich noch ansehnlichen Sozialproduktwachstums beigetragen. Anfang 1983 sind indes Ausgabenkürzungen und Maßnahmen zur Einnahmenverbesserung — einschließlich jener zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung — eingeleitet worden, deren Gesamtumfang auf mehr als 3 vH des Sozialprodukts geschätzt wird. Da nicht anzunehmen ist, daß alle Maßnahmen in der vorgesehenen Weise greifen, wird der Dämpfungseffekt aber so groß nicht ausfallen.

Die Nachfragebedingungen bieten infolgedessen wenig Anreiz für zusätzliche Investitionen, zumal der

Auslastungsgrad des industriellen Anlagevermögens im zweiten Halbjahr 1982 noch zurückgegangen ist und der Zinssenkungsprozeß sich nur sehr langsam vollzieht. Dies ist nicht zuletzt durch die außenwirtschaftlichen Faktoren bestimmt, da ein zwar leicht vermindertes, aber im Niveau noch recht hohes Defizit der Leistungsbilanz zu decken ist. Die preisbedingte Verminderung der Erdölrechnung — infolge der hohen Auslandsabhängigkeit Italiens bei der Energieversorgung eine gewichtige Größe innerhalb der Importe — könnte zusammen mit den verminderten Inflationserwartungen Spielräume für beschleunigte Zinssenkungen schaffen, die von der Notenbank genutzt werden sollten, um ein weiteres Schrumpfen der Investitionstätigkeit zu verhindern.

Bundesrepublik Deutschland: Aufhellung – noch kein Aufschwung

In der öffentlichen Diskussion über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beginnt der Begriff ‚Aufschwung‘ die bisher vorherrschende Kennzeichnung ‚Rezession‘ zurückzudrängen. In der Tat hat sich das Bild in den letzten Wochen aufgehellt. Dies gilt für die außenwirtschaftlichen Einflüsse: Erleichterungen ergeben sich hier vor allem aus dem Rückgang des Ölpreises, aber auch aus den konjunkturellen Belebungstendenzen in den USA. Für das Urteil über die binnenwirtschaftliche Situation ist kennzeichnend, daß der vom Ifo-Institut, München, berechnete Indikator des Geschäftsklimas in der gewerblichen Wirtschaft seit Herbst vergangenen Jahres nach oben weist, sich dabei aber zuletzt noch tief in der sogenannten Unterkühlungszone befand. Allerdings muß auch daran erinnert werden, daß es eine Aufwärtstendenz dieses Indikators schon im Laufe des Jahres 1981 gegeben hatte, die dann am Ende jenes Jahres abrupt abbrach. Wenig Überraschung brachte in den beiden letzten Monaten des Jahres 1982 der Anstieg des realen Auftragseingangs beim Investitionsgütergewerbe aus dem Inland, war er doch aufgrund der befristeten Investitionszulageregelung erwartet worden. Allerdings ist diese Auftragsspitze wesentlich schwächer ausgeprägt gewesen als diejenige zur Jahresmitte 1975, so daß die hiervon zu erwartenden kurzfristigen Produktionswirkungen eher zurückhaltend beurteilt werden mußten. Durch den neuen Indexwert des Auftragseingangs hat sich hier aber eine Veränderung der Sicht ergeben. Der Januar brachte kein ‚Loch‘ bei den inländischen Investitionsgüterbestellungen, wie allgemein erwartet worden ist, sondern sogar eine weitere Zunahme im saisonbereinigten Verlauf. Insgesamt lag dabei der Index um mehr als 30 vH über dem Niveau des dritten Quartals 1982.

Dieser kräftige Anstieg ist in seiner Bedeutung für die kommende Produktionsentwicklung zur Zeit noch

schwer einzuschätzen. Die Bundesregierung mochte in ihrer Kommentierung nicht ausschließen, daß der überraschend hohe Januarstand aufgrund von Nachmeldungen solcher Aufträge zustande gekommen ist, für die die Investitionszulage noch in Anspruch genommen werden soll. Das Loch in der Entwicklung der Auftragstätigkeit wäre dann nur um einen Monat verschoben, das Urteil über die Intensität, mit der die Investitionszulage von den Unternehmen angenommen worden ist, müßte aber in der günstigeren Richtung revidiert werden. Auf alle Fälle hat der sich über drei Monate (November bis Januar) erstreckende intensive Anstieg zu einer Erhöhung der Auftragsbestände geführt, die es den Unternehmen ermöglichen müßte, das Produktionsniveau anzuheben.

Hierbei sollte auch berücksichtigt werden, daß die Bremswirkungen, die vom Rückgang der Auslandsnachfrage ausgingen, ausgeklungen sind. Zwar zeigt die Nachfrage des Auslands nach Gütern des verarbeitenden Gewerbes bei näherer Betrachtung noch keine eindeutige Aufwärtstendenz; Erhöhungen in einem Güterbereich standen wechselweise neue Rückgänge in anderen Güterbereichen gegenüber, so vor allem beim Vergleich des Nachfrageverlaufs zwischen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie Investitionsgütergewerbe. Dennoch ist positiv zu werten, daß bei der Auslandsnachfrage zumindest von einer Stabilisierung gesprochen werden kann. Vor dem Hintergrund einer Verbesserung in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vor allem der konjunkturellen Belebungstendenzen in den USA sowie des Abklingens des Schocks über die Zahlungsschwierigkeiten einiger lateinamerikanischer Länder, kann erwartet werden, daß der jetzigen Stabilisierungsphase der realen Auslandsnachfrage kein erneuter Einbruch, sondern eine Erholungsperiode folgt. Für den Export wie auch für die Produktionsentwicklung

der Bundesrepublik kann aufgrund dieser Nachfrageverläufe mit einer Aufwärtstendenz gerechnet werden.

Mit großer Sicherheit wird zudem der Produktionsanstieg des Bauhauptgewerbes fort dauern. Die Auftragseingänge in diesem Sektor, besonders ausgeprägt beim Wohnungsbau, weisen hier nun schon seit über einem Jahr aufwärts; aufgrund der milden Wintermonate ist es sogar früher als erwartet zu einer deutlichen Produktionsbelebung gekommen.

Ein anderer Lichtblick ergibt sich bei der Betrachtung des Umsatzverlaufs im Einzelhandel. Trotz der gedrückten Entwicklung des realen verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte hat sich der kräftige reale Umsatzrückgang beim Einzelhandel nach der Jahresmitte 1982 nicht fortgesetzt, sondern ist von Stagnation abgelöst worden. Den jüngsten Meldungen zufolge hat es zu Jahresbeginn eine Absatzbelebung bei dauerhaften Gütern (Hausrat, Fahrzeuge) gegeben. Hierzu beigetragen hat die nach der Jahreswende rasch fortschreitende Abschwächung des Preisanstiegs.

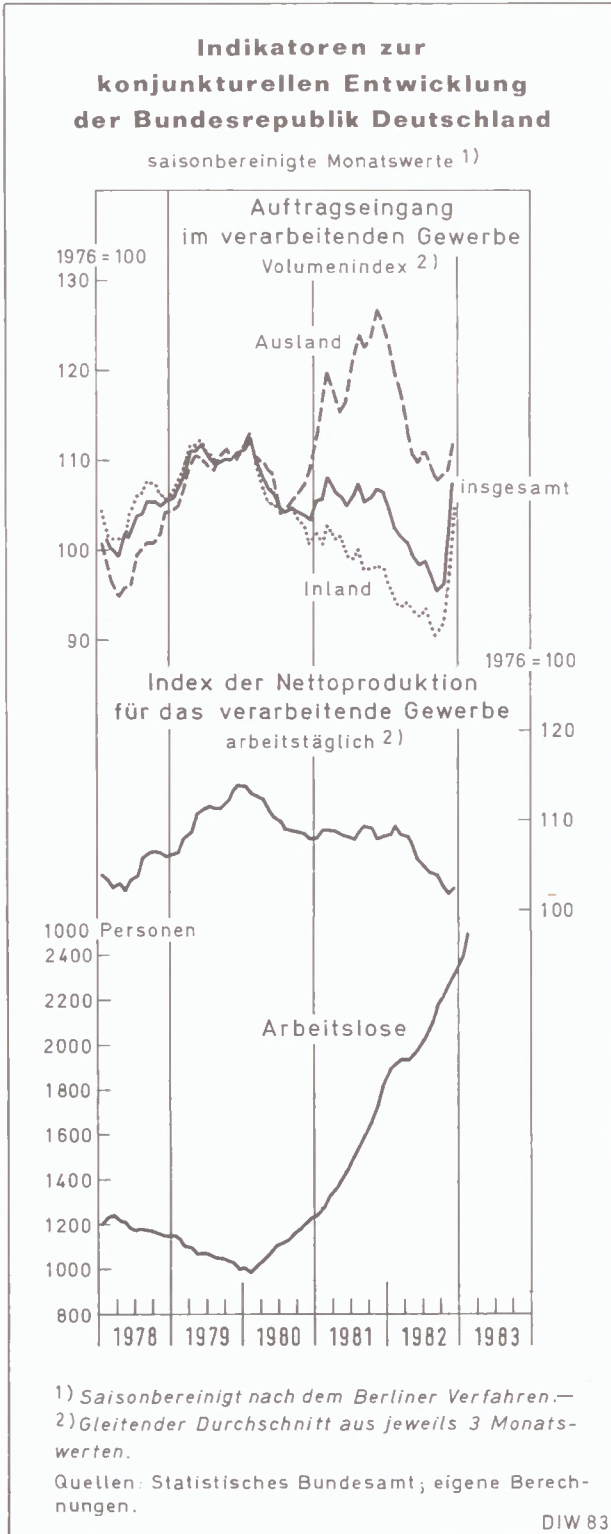
Faßt man die vorliegenden Informationen über den Nachfrage- und den Produktionsverlauf in den wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Sektoren zusammen, so ergibt sich, daß die lange Talfahrt der Wirtschaft um die Jahreswende 1982/83 zu Ende gegangen ist. Hiermit ist eine Bedingung als erfüllt anzusehen, die den meisten für das Jahr 1983 veröffentlichten Prognosen vorangestellt worden ist, auch denjenigen, die für 1983 zu einem nochmaligen Rückgang des realen Bruttosozialprodukts im Jahresdurchschnitt gelangt sind. Zurückhaltender muß man gegenüber der Einschätzung sein, der Aufschwung stehe vor der Tür oder er sei sogar schon da. Zwar ist es in der Ausgangslage heute relativ leicht, einen konjunkturellen Aufschwung entsprechend der hierfür gegebenen formellen Definitionen zu erreichen, nämlich eine mit der Produktionserhöhung verbundene Steigerung der Auslastung des Produktionspotentials. Die Wachstumsrate des Produktionspotentials ist nämlich inzwischen so klein geworden — in der Gesamtwirtschaft rund 1,5 vH, im verarbeitenden Gewerbe nur reichlich 1 vH —, daß schon bei einem geringfügigen Anstieg der Produktion der Auslastungsgrad des Potentials wieder steigt. Erwartet man hingegen von einem Aufschwung, daß mit ihm, wenngleich verzögert, die Zahl der Beschäftigten zunimmt, so daß auch ein Abbau der Arbeitslosigkeit eingeleitet wird, dann muß man mit der Verwendung dieses Begriffs noch einige Zeit warten. Denn die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik ist in den letzten Monaten trotz der Stabilisierungstendenzen bei der Produktion eher beschleunigt gesunken; die Zahl der Arbeitslosen hat dabei im Februar das befürchtete hohe Niveau von 2,5 Millionen sogar noch überschritten. Nach Ausschalt-

ung der Saisoneinflüsse waren es 2,2 Millionen. Selbst eine Produktionsbelebung würde den saisonbereinigten Rückgang der Beschäftigtenzahl nicht vor Herbst dieses Jahres stoppen können. Dabei ist auf die ungewöhnlich hohe Zahl von Kurzarbeitern — zuletzt mehr als 1 Million — hinzuweisen, die bei einer konjunkturellen Belebung zunächst abgebaut würde, wodurch sich die Tendenzwende bei der Beschäftigung noch weiter hinausschieben würde als in früheren Perioden nach dem Durchlaufen der konjunkturellen Talsohle. 1975/76 wurden hierfür z. B. zwei Quartale beansprucht.

Unerwartet günstig haben sich in den letzten Monaten die Verbraucherpreise entwickelt. Im Vorjahresvergleich hat die Steigerungsrate im Februar nur noch 3,7 vH betragen. Die Abschwächung ist damit rascher gewesen, als es in den Konjunkturprognosen für dieses Jahr angenommen worden war. Erheblich hat hierzu sicherlich die Preisentwicklung im Mineralölsektor beigetragen, doch auch bei den Erzeugerpreisen inländischer gewerblicher Produkte, der Vorstufe vieler Verbraucherpreise, hat es eine starke Dämpfung gegeben (Januar + 2,3 vH im Vorjahresvergleich).

Die günstige Entwicklung der Einfuhrpreise von Rohöl und Mineralölprodukten stärkt zudem die Leistungsbilanz; die Überschussposition der Bundesrepublik, die sich im Verlauf des vergangenen Jahres herausgebildet hatte, blieb auch in jüngster Zeit erhalten.

Für die voraussichtliche weitere Entwicklung sind jedoch nicht nur die dargestellten Besserungstendenzen von Bedeutung; ihnen stehen nach wie vor gravierende Belastungen gegenüber, die wohl verhindern werden, daß aus der Belebung im Laufe dieses Jahres ein kräftiger konjunktureller Aufschwung entsteht. So wird der private Verbrauch, auch wenn er saisonbereinigt nicht noch einmal sinken dürfte, zur Schwäche neigen. Die zum Teil auf äußerst geringe Lohnanhebungen, zum Teil auf Beschneidungen im Transferbereich zurückzuführende gedrückte Entwicklung des verfügbaren Einkommens läßt hier für die nächsten Monate kaum eine andere Einschätzung zu. Ob die Verbraucher ihre Sparneigung, die im vierten Quartal letzten Jahres schon auf ein recht niedriges Niveau gesunken ist, noch weiter zurückführen — dies wäre für eine generelle Belebung des privaten Verbrauchs erforderlich —, ist zumindest sehr fraglich. Die zur Jahresmitte anstehende Erhöhung der Renten wird zudem in ihrer Bedeutung für die realen Einkommen der privaten Haushalte durch die gleichzeitig vorgesehene Anhebung der Mehrwertsteuersätze wieder eingeschränkt. Eine Untermauerung konjunktureller Auftriebstendenzen durch eine spürbare Belebung des realen privaten Verbrauchs ist mithin nicht in Sicht.



Dies wiegt um so schwerer, als der niedrige Auslastungsgrad der Kapazitäten das Ingangkommen eines Investitionsaufschwungs ohnehin behindert. Kapazitätserweiterungen, die für einen solchen Aufschwung in den Vordergrund treten müßten, sind kaum zu erwarten. Auch die im Rahmen der Investi-

tionszulageregelung erteilten Aufträge beziehen sich hauptsächlich auf Güter mit relativ kurzer Lebensdauer, bei denen die Ersatzbeschaffung und das Rationalisierungsmotiv dominieren. Als positiver Einfluß auf die Investitionsneigung der Unternehmen wird das Wahlergebnis vom 6. März betont. Hier ist daran zu erinnern, daß auch Unternehmensvertreter vor den Wahlen den Standpunkt vertreten haben, daß unternehmerische Investitionsentscheidungen von ökonomischen Überlegungen bestimmt werden. Diese Einschätzung hat verbreitete Zustimmung gefunden und muß wohl auch jetzt, nach der Wahl, berücksichtigt werden. Damit relativiert sich die Hervorhebung des Wahlergebnisses in diesem Zusammenhang.

Für die neue Lohnrunde zeichnen sich Abschlüsse ab, die in den meisten Tarifbereichen niedrigere Steigerungsraten bringen werden als vor einem Jahr. Auf der Kostenseite wird es also weitere Entlastungen für die Unternehmen geben. Fraglich ist gegenwärtig indes, ob diese Abschlüsse ohne größere Arbeitskonflikte erreicht werden; sollte es zu größeren Streiks kommen, wäre dies für die Investitionsneigung wohl belastender als ein um wenige Zehntelprozentpunkte höherer Lohnabschluß.

Der Kurs, den die Geldpolitik seit über einem Jahr verfolgt und der zu einer deutlichen Senkung der Zinssätze geführt hat, hat zwar dazu beigetragen, daß die Talfahrt der Gesamtwirtschaft zu Ende ging und sich in der Bauwirtschaft eine Tendenzumkehr vollziehen konnte. Die realen Zinssätze sind jedoch auch gegenwärtig noch sehr hoch. Zunächst dürften sie die Investitionen noch zu sehr bremsen. Die Bundesbank sollte daher bald den nächsten Schritt tun und die Leitzinssätze abermals senken. Die Gefahr, daß mit einer weiteren Lockerung bald eine neue Beschleunigung des Preisauflaufs einhergehen könnte, ist nicht erkennbar. Der scharfe Wettbewerb der Unternehmen untereinander, zu dem die niedrige Kapazitätsauslastung wie auch die ausländische Konkurrenz zwingen, bildet hier eine starke Sicherung.

Insgesamt erscheinen derzeit manche Stimmen aus Politik und Unternehmen über die bevorstehende konjunkturelle Entwicklung als zu optimistisch. Es wäre gefährlich, wirtschaftspolitische Entscheidungen — dazu zählen auch solche, die unterlassen werden — auf eine zu optimistische Vorausschau zu begründen. Zwei Dinge sollten bedacht werden:

— Der Aufschwung vom Jahre 1976 dürfte an Stärke das, was konjunkturell vor uns liegt, bei weitem übertroffen haben; dennoch ist es damals mit einem Einschwenken der Finanzpolitik auf einen rigorosen Konsolidierungskurs bereits im Frühjahr 1977 zu einem Abbruch dieses Aufschwungs gekommen. Eine konjunkturelle Besserung darf keinesfalls zum Anlaß einer noch weitergehenden Konsolidierungspolitik genommen werden.

— Selbst bei einem kräftigen Aufschwung würde das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit nur unzulänglich reduziert werden. Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen dürfen deshalb mit ihrem Schicksal nicht allein gelassen werden. Für Personen, die schon lange Zeit arbeitslos sind, kann häufig auch eine befristete Beschäftigung von außerordentlich günstiger Wirkung für die Erhaltung der Vermitt-

lungsfähigkeit und der Qualifikation sein. Der vorgesehene Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entspricht den tatsächlichen Erfordernissen in keiner Weise. Hier ist beträchtlich mehr zu tun. Dies gilt auch — zusätzlich — für berufsbildende Maßnahmen, insbesondere für die inzwischen auf über 200 000 gestiegene Zahl der jugendlichen Arbeitslosen.

Exportrückgang kommt zum Stillstand

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1982

Die außenwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik hat sich gegen Jahresende 1982 sichtlich entspannt. Der Rückgang der Ausfuhr ist zum Stillstand gekommen, die Leistungsbilanz wies einen erheblichen Überschuß auf. Anders als in der weltweiten Rezession 1974/75 ist die Ausfuhr nur reichlich ein halbes Jahr rückläufig gewesen (1974/75: eineinhalb Jahre); dabei ist sie, gemessen vom Kulminationspunkt bis zum tiefsten Niveau, mit 6 vH erheblich weniger gesunken als damals (1974/75: 13 vH). Der negative Einfluß auf die Binnenkonjunktur war deutlich geringer als seinerzeit, und der reale Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr (Außenbeitrag) hat sich in den einzelnen Quartalen des Jahres 1982 — anders als 1974/75 — überwiegend erhöht.

Überschuß in der Leistungsbilanz

Die reale Warenausfuhr ist im Jahresendquartal 1982 — von Saison- und Kalendereffekten¹ bereinigt — etwas gestiegen (0,6 vH); allerdings war das Exportvolumen noch um 2,6 vH niedriger als im entsprechenden Vorjahrsquartal. Diese Entwicklung war weniger einer grundlegenden Verbesserung der Nachfragesituation im Ausland zuzuschreiben, sie war vielmehr ein Reflex auf den kräftigen Rückgang in den Sommermonaten. Offensichtlich sind nach dem raschen Abbau der Lager bei den ausländischen Handelspartnern wieder Lageraufstockungen vorgenommen worden. Dafür spricht die überraschend günstige Exportentwicklung beim Grundstoffgewerbe.

Die reale Wareneinfuhr ist mit reichlich 3 vH beschleunigt gesunken; sie wurde dabei nicht nur vom weiter abwärts gerichteten Trend der Produktion im verarbeitenden Gewerbe beeinflußt, sondern vor allem von der nochmals verringerten Investitionstätigkeit.

Der reale Überschuß im Warenverkehr ist im Berichtsquartal um knapp 3 Mrd. DM höher gewesen als im dritten Quartal. Im Dienstleistungsverkehr ist es durch höhere Einnahmen bei stagnierenden Ausga-

ben zu einem Abbau des realen Defizits um 0,5 Mrd. DM gekommen. Dazu hat maßgeblich die Entwicklung im Reiseverkehr sowie in der Kapitalertragsbilanz beigetragen. Trotz einer Verschlechterung der Terms of Trade ist der nominale Außenbeitrag um 4 Mrd. DM ausgeweitet worden. Bei einem etwas geschrumpften Defizit in der Übertragungsbilanz hat die Leistungsbilanz im vierten Quartal saisonbereinigt mit einem Überschuß von knapp 5 Mrd. DM abgeschlossen. Für das Jahr 1982 errechnet sich ein Leistungsbilanzüberschuß (in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) von 4,4 Mrd. DM.

Ausfuhr von Investitions- und Verbrauchsgütern weiterhin rückläufig

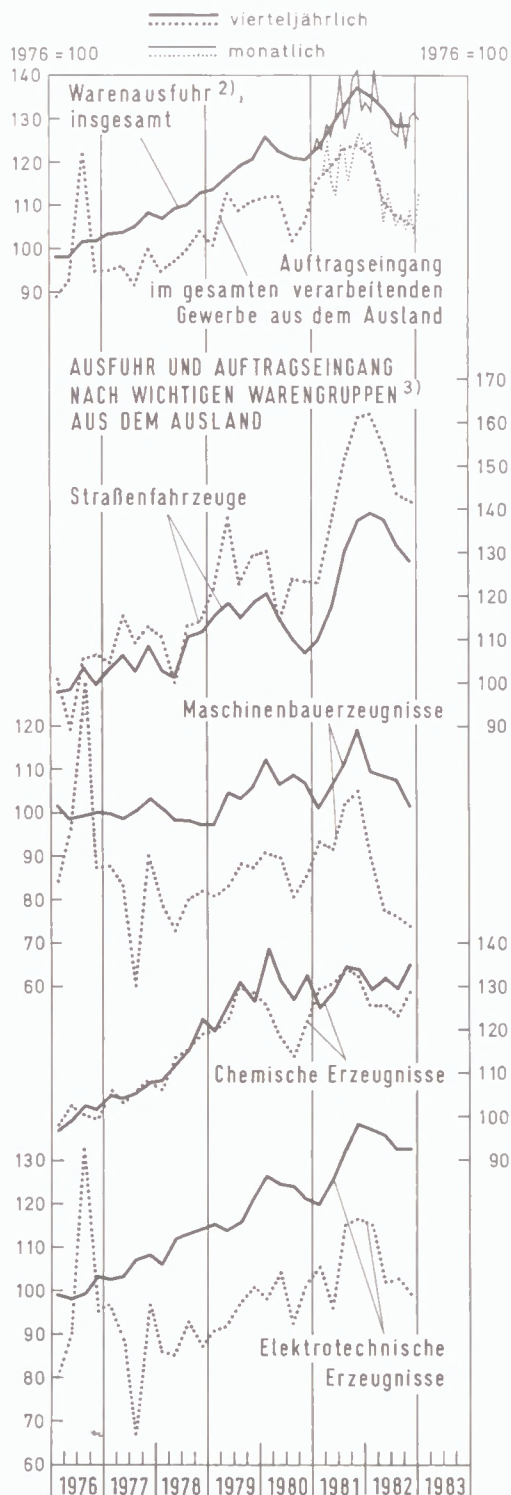
Der abwärts gerichtete Trend der realen Ausfuhr von Investitions- und Verbrauchsgütern hat sich — wenn auch verlangsamt — fortgesetzt. Die Entwicklung im Investitionsgüterbereich wurde dabei maßgeblich von den sinkenden Ausfuhren des Maschinenbaus beeinflußt. Die Lieferungen dieser Branche lagen im Berichtsquartal real um rund 13 vH unter dem Vorjahrsniveau; sie hatten damit eine Größenordnung wie in den Rezessionsjahren 1974/75. Die Ausfuhren von elektrotechnischen Investitionsgütern, von Büromaschinen und ADV-Geräten sowie von Eisen-, Blech- und Metallwaren haben stagniert. Eine geringe Exportbelebung ist bei den Investitionsgütern des Straßenfahrzeugbaus, das sind Lastkraftwagen und Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum, festzustellen. Bemerkenswert kräftig expandierten die Ausfuhren von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen.

Unter den Verbrauchsgütern sind vor allem die Lieferungen kleinhubiger Personenkraftwagen ins Ausland beschleunigt gesunken. Auch Bekleidung konnte in geringerem Umfang als im dritten Quartal 1982 ex-

¹Untersucht werden nach dem Berliner Verfahren saisonbereinigte Zeitreihen.

Zur Ausfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saison- und preisbereinigte Indizes ¹⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren; in Preisen von 1976.— ²⁾ Spezialhandel.— ³⁾ Warenverzeichnis der Industriestatistik; Anteil des Exports dieser Warengruppen am gesamten Warenexport im Jahr 1982: 53 vH.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

DIW 83

portiert werden. Dagegen haben sich die Ausfuhren von Textilien und elektrotechnischen Gebrauchsgütern im Berichtsquartal etwas erhöht.

Die leichte Erholung der Ausfuhren im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich erklärt sich mit steigenden Lieferungen von chemischen Erzeugnissen; dabei wurde sogar das hohe Vorjahrsniveau überschritten. Dagegen schrumpften die Ausfuhren von Eisen und Stahl erneut. Die Exporte dieser Branche haben inzwischen ein ebenso niedriges Niveau wie im Rezessionsjahr 1975 erreicht: Ausdruck der äußerst prekären Absatzlage in dieser Branche.

Leichte Exportzunahme in die EG-Länder

Die Ausfuhren in die EG-Länder haben im Berichtsquartal, nach dem Rückgang in den beiden Vorquartalen, real etwas zugenommen. Das hohe Exportniveau vom Jahresbeginn 1982 wurde allerdings weiterhin unterschritten. Bemerkenswert ist die kräftige Ausweitung des Exports nach Großbritannien und Dänemark. Auch in die anderen wichtigen Partnerländer Frankreich, Italien und die Niederlande haben die Ausfuhren expandiert. Lediglich nach Belgien-Luxemburg stagnierten die nominalen Exporte im Jahresendquartal. Zwar werden die Warenströme in einzelne Länder nicht preisbereinigt nachgewiesen, doch ist hier real sogar ein weiterer Rückgang der Lieferungen zu vermuten. In die übrigen westlichen Industrieländer sind die nominalen Lieferungen nochmals gesunken; dies gilt insbesondere für die EFTA-Länder. Der Abwärtstrend wurde bei den EFTA-Ländern von den stark rückläufigen Exporten in die Schweiz bestimmt. Nach Österreich und Schweden haben die Ausfuhren stagniert.

Bei anhaltend rezessiver Konjunktur in den USA hat sich der seit Jahresbeginn 1982 zu beobachtende langsame Exportrückgang im Berichtsquartal fortgesetzt; dabei wurde das Vorjahrsniveau um rund 5 vH unterschritten.

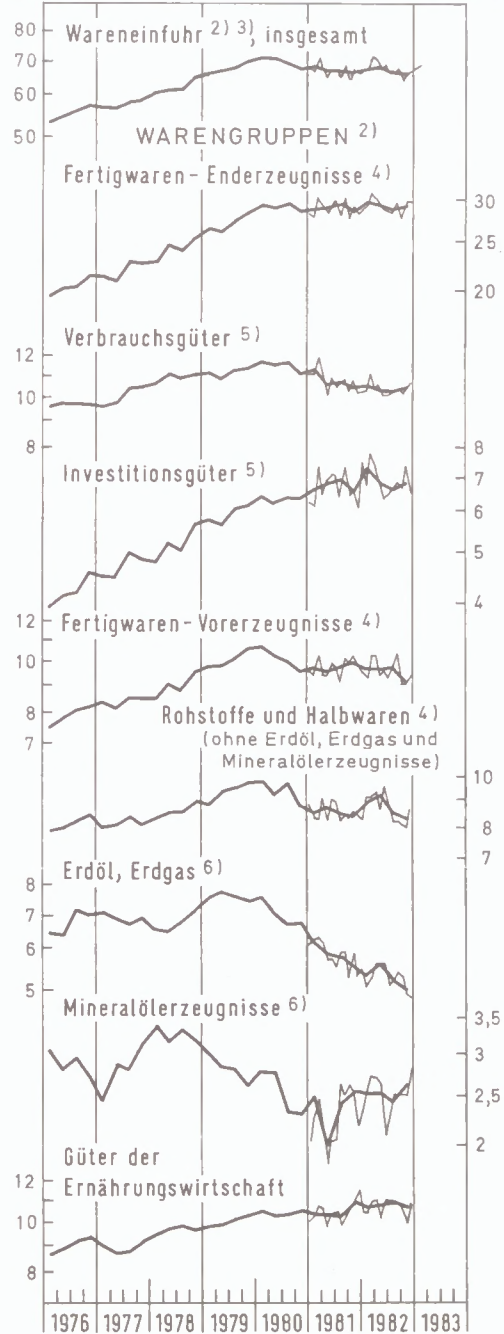
Überraschend ist die Wende bei den Exporten in die OPEC-Länder. Nach dem kräftigen Rückgang im Sommerhalbjahr ist im Berichtsquartal ein leichter Anstieg der Ausfuhren zu verzeichnen. Allerdings lagen die Exporte um rund 10 vH unter dem Vorjahrsniveau. Zugenommen haben die Lieferungen hauptsächlich nach Algerien, Venezuela, Iran und in die Vereinigten Arabischen Emirate. In die nicht Erdöl fördernden Entwicklungsländer haben die Ausfuhren auf niedrigem Niveau verharrt. Dabei war die Exportentwicklung in die einzelnen Länder sehr unterschiedlich: So stand einem kräftigen Rückgang der Ausfuhren nach Mexiko (- 68 vH; Vorjahrsvergleich) ein Anstieg der Lieferungen nach Argentinien, Ägypten sowie mehreren Ländern der ASEAN-Gruppe gegenüber. Insgesamt lagen die Ausfuhren in die südamerikanischen Länder

Zur Einfuhrentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

saison- und preisbereinigte Werte ¹⁾

— Vierteljahreswerte — Monatswerte

Mrd. DM logarithmischer Maßstab Mrd. DM



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren; in Preisen von 1976. — ²⁾ Spezialhandel. — ³⁾ Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — ⁴⁾ Gegliedert nach dem Verarbeitungsgrad. — ⁵⁾ Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart ausgewählte und abgegrenzte Waren, hauptsächlich Fertigwaren-Enderzeugnisse. — ⁶⁾ Nach dem Warenverzeichnis der Industriestatistik abgegrenzte Erzeugnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

DIW 83

weiter deutlich unter dem Vorjahrsniveau. Die Expansion des Exports in die Ostblockländer ist hauptsächlich vermehrten Bezügen der Sowjetunion zuzuschreiben.

Anhaltend rückläufige Einfuhr von Erdöl

Die realen Importe von industriellen Vorprodukten sind im Berichtsquartal bei weiter schrumpfender Produktion gesunken. Allerdings hat die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren (ohne Erdöl und Mineralölserzeugnisse) kaum noch abgenommen. Deutlich niedriger als im dritten Quartal 1982 waren die Bezüge von Fertigwaren-Vorerzeugnissen, das sind überwiegend chemische Vorprodukte sowie Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie. Die mit der jüngsten Ölpreiskrise gegen Jahresende 1979 einsetzende rückläufige Entwicklung der Importe von Erdöl hat sich fortgesetzt. Gegenüber dem Importvolumen vor der ersten Ölpreiskrise (gegen Jahresende 1973) beträgt der Minderbezug von Erdöl rund ein Drittel. Dies erklärt sich teilweise mit energiesparenden Maßnahmen, teilweise mit dem konjunkturell bedingten geringeren Verbrauch. Eine Rolle hat auch die Substitution von Erdölimporten durch Mineralölprodukte, hauptsächlich Benzin, gespielt. Die Bezüge von Mineralölprodukten sind mengenmäßig gegenüber dem Jahr 1973 unverändert hoch geblieben. Im Berichtsquartal war ein deutlicher Anstieg dieser Importe zu verzeichnen.

Die Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen stagniert in der Grundtendenz seit Beginn der zweiten Ölpreiskrise. Im Berichtszeitraum sind diese Bezüge etwas gestiegen. Unter den Investitionsgütern ist allerdings in den Warengruppen Lastkraftwagen und Personenkraftwagen über zwei Liter Hubraum, elektrotechnische Güter sowie Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte ein merkliches Importwachstum festzustellen. Maschinenbauerzeugnisse wurden dagegen weniger als im dritten Quartal importiert. Auch bei den Verbrauchsgütern ist es — nach dem kräftigen Rückgang im Vorquartal — zu einer leichten Erhöhung der Bezüge gekommen. In der Grundtendenz hat die Einfuhr von Verbrauchsgütern auf dem Niveau vom Jahresbeginn 1982 stagniert. Dies gilt auch für die drei wichtigsten Warengruppen, die Personenkraftwagen, die elektrotechnischen Gebrauchsgüter und die Textilien.

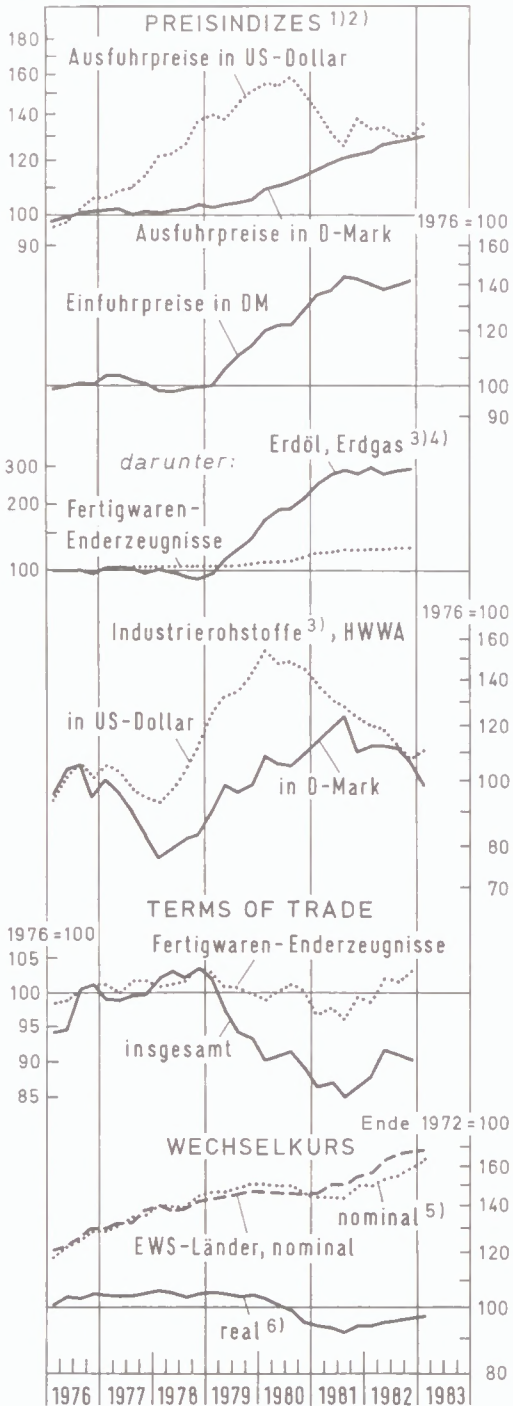
Leichte Verschlechterung der Terms of Trade

Im Jahresendquartal sind die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) kräftig gestiegen. Verteuert haben sich entgegen dem Preistrend auf dem Weltmarkt Rohstoffe und Halbwaren. Dagegen war bei den Fertigwaren sowie den Ernährungsgütern ein Preisrückgang zu verzeichnen. Der Anstieg der DM-Preise für Rohstoffe und Halbwaren, bedingt durch die weitere Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, ist Ausdruck der Tatsache, daß Erdöl und Mineralöl-

Preisentwicklung im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

logarithmischer Maßstab

1976 = 100



1) Preise bei Lieferung (Durchschnittswerte). — 2) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 3) Nicht saisonbereinigt. — 4) Warenverzeichnis der Industriestatistik. — 5) Gewogener Index, 23 wichtige Handelspartner. — 6) DM-Außenwert bereinigt um das Konsumenten-Preisgefälle. Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Berechnungen und Schätzungen (I/83) des DIW.

DIW 83

zeugnisse sowie andere wichtige Rohstoffe überwiegend in US-Dollar fakturiert werden. Im November 1982 entsprach das D-Mark/Dollar-Verhältnis wieder dem Stande von 1976. Mit der erneuten Abwertungstendenz der D-Mark gegenüber dem US-Dollar im Berichtsquartal ist einerseits der dämpfende Effekt auf die Einfuhrpreise entfallen, andererseits entstand ein starker Kaufanreiz für die über US-Devisen verfügenden Länder, neben den USA sind dies vor allem die Erdölförderländer. Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) wurden aufgrund der ungünstigen Absatzlage auf den Auslandsmärkten nur wenig angehoben.

Die Terms of Trade haben sich im Berichtszeitraum erneut verschlechtert. In welchem Maß dabei die steigenden Importpreise für Rohstoffe und Halbwaren bestimmend waren, zeigt sich daran, daß das Austauschverhältnis bei Fertigwaren-Enderzeugnissen sich sogar zugunsten der Bundesrepublik verändert hat.

Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim verarbeitenden Gewerbe hat sich im Januar 1983 merklich erhöht; im Zweimonatsvergleich Dezember/Januar gegenüber den vorangegangenen beiden Monaten ist erstmals seit der Jahreswende 1981/82 wieder eine Zunahme festzustellen. Diese Verbesserung erklärt sich mit der Belebung im Investitionsgütergewerbe. Allerdings waren davon noch nicht die klassischen Investitionsgüterhersteller (Maschinenbau, elektrotechnische Industrie) begünstigt, die Nachfrage richtete sich vor allem auf Personenkraftwagen. Diese Entwicklung steht im Einklang mit dem generellen Anstieg der Auslandsnachfrage im Verbrauchsgütergewerbe. Die allmähliche Erholung des Auftrags-eingangs aus dem Ausland im Grundstoffgewerbe, die im Sommer eingesetzt hat, ist dagegen nicht weiter vorangekommen; die Bestellungen haben auf dem im Herbst erreichten Niveau verharrt.

Die Zahl der Unternehmen mit negativen Exporterwartungen ist nach dem Ifo-Konjunkturtest im Januar erheblich zurückgegangen. Die Unternehmer schätzen offenbar ihre Exportchancen in den kommenden Monaten bei weiterhin hoher preislicher Wettbewerbsfähigkeit und der sich abzeichnenden Entlastung von Produzenten und Konsumenten durch Zins- und Energiepreissenkung optimistischer ein. Allerdings wird dieser Entlastungseffekt erst im Frühsommer wirksam werden. Dann dürfte auch die Exportexpansion rascher vorankommen, das Tempo wird dabei von der Konjunkturerholung in den Industrieländern — insbesondere in den USA — bestimmt. Im ersten Quartal 1983 werden sich die Ausfuhr allmählich von dem gedrückten Niveau lösen; darauf deutet auch die Entwicklung der realen Exporte zur Jahreswende 1982/83 hin.

Die reale Wareneinfuhr hat sich zur Jahreswende 1982/83 ebenfalls erhöht. Offensichtlich zeichnet sich hier eine Wende ab; dafür spricht die Produktionsausweitung im verarbeitenden Gewerbe im Januar, welche zu vermehrten Bezügen von industriellen Vorprodukten aus dem Ausland geführt hat. Auch vom Lageraufbau werden in den nächsten Monaten Impulse auf die Nachfrage nach Importgütern ausgehen.

Der reale Überschuß im Warenaustausch mit dem Ausland wird sich in den kommenden Monaten nur

wenig erhöhen. Bei fallenden Preisen der Energierohstoffe auf dem Weltmarkt und einer tendenziellen Aufwertung der D-Mark ist mit sinkenden DM-Einfuhrpreisen zu rechnen. Die Ausfuhrpreise werden nur langsam steigen. Damit kann eine erhebliche Verbesserung der Terms of Trade erwartet werden. Der nominale Überschuß in der Handelsbilanz wird merklich steigen und die allenfalls geringfügig zunehmenden Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz mehr als ausgleichen. Die Erhöhung des Überschusses der Leistungsbilanz wird sich fortsetzen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,-.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,-.
- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,-.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,-.
- Heft 62 **Berechnung des industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 **Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,-.
- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,-.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,-.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Holsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,-.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage.** Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,-.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,-.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Methode zur Umgruppierung vorhandener Datenbestände von der älteren Systematik der UN (SITC, Revised) auf die neue Systematik (SITC, Revision 2). Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,-.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Zur Wirtschaftslage: *Vor Beginn eines neuen Wirtschaftsaufschwungs in den westlichen Industrieländern?* Bearbeitet von Bernhard Seidel, Manfred Teschner und Joachim Volz.-

Bundesrepublik Deutschland: Aufhellung – noch kein Aufschwung. Bearbeitet von Horst Seidler.-
Exportrückgang kommt zum Stillstand. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.